

Schüler nehmen NS-Sondergerichte unter die Lupe

Stiftung „Erinnerung – Verantwortung – Zukunft“ unterstützt außerschulischen Geschichtserlebnisort

Von Jennifer Warzecha



Kultusministerin Theresa Schopper (vorne, Mitte) appelliert an die Schüler, Werte wie Demokratie in die Welt zu tragen. Foto: Jennifer Warzecha

Karlsruhe. Ein außerschulischer Geschichtserlebnisort soll die Zeit der NS-Sondergerichte erlebbar machen. Bis

Ende 2025 hat die Schülerakademie Karlsruhe zusammen mit dem Generallandesarchiv eine Förderung der Stiftung „Erinnerung – Verantwortung – Zukunft“ erhalten. Am Freitag stellten die Verantwortlichen im Beisein von Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) das von der Stiftung geförderte Projekt „Denunziation – Repression – Verfolgung: Politischer Dissens und Alltagskriminalität vor den nationalsozialistischen Sondergerichten“ im Generallandesarchiv der Öffentlichkeit vor.

Ein schulübergreifender Seminarkurs sei ausschlaggebend für das gleichnamige Projekt gewesen, sagte Hendrik Hiss, Geschichtslehrer am Helmholtz-Gymnasium. Zusammen mit Marion Bodemann, Geschichtslehrerin am Goethe-Gymnasium und Tobias Markowitsch, Geschichtslehrer am Bismarck-Gymnasium und Projektleiter, hatte er den Seminarkurs, der von 2015 bis 2019 stattfand, ins Leben gerufen. 30 Schüler nahmen daran teil. „Es hätten gerne noch mehr Schülerinnen und Schüler mitgemacht“, sagte Hiss.

Gemeinsam erschließt sich eine Gruppe der Schülerinnen und Schüler eine Auswahl an Akten. „Im Seminarkurs soll man auch wissenschaftlich und mit Quellen arbeiten; quasi voruniversitär“, sagte Tobias Markowitsch. Er betonte, dass der Bestand digital erschlossen werde und damit auch Menschen, die nicht in Karlsruhe wohnen, Zugang zu den Akten haben.

Frank Engehausen ist Professor für Neuere Geschichte in Heidelberg, mit dem Schwerpunkt Regional- und Landesgeschichte. Er ist Ansprechpartner für spezielle Fragen. Diana Kail wiederum arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin an dem Projekt mit. Anhand des Beispiels eines Familienschicksals zeigte sie am Freitag auf, wie das NS-Regime Straftaten bestrafte. „Oftmals gingen private Streitigkeiten voraus, die man dann vor das NS-Regime brachte“, sagte Kail. Im gezeigten Fall führten Mietstreitigkeiten, die vor dem Gericht landeten, zu zehn oder zwölf Monaten Gefängnis. Ihre Ausführungen sollten zeigen, wie hart die Gerichte waren. Wer sage, dass es da nicht hart zugeht, der leugne die Wahrheit.

„Die Akten des nationalsozialistischen Sondergerichts wirbeln im wahrsten Sinne des Wortes Staub auf“, sagte Kultusministerin Schopper. Viele wurden verurteilt. Daran merke man auch die Grausamkeit und wie sehr Denunziation und Repression verbreitet waren. Man müsse Verantwortung übernehmen und das so verinnerlichen, dass das nicht wieder vorkomme. Schopper appellierte an die Schülerinnen und Schüler, die sich am Ende ihrer Schullaufbahn befinden, Werte wie Demokratie und ein Bewusstsein dafür später auch in ihren Verantwortungspositionen in die Welt zu tragen. Sie dankte auch den Lehrkräften, dass sie die Schülerinnen und Schüler dazu anregen, sich dieser Werte anzunehmen.